

## Internationale Sudan-Konferenz in Berlin: Größte humanitäre Krise der Gegenwart verlangt entschlossenes Handeln

Deutsches Sudan-Netzwerk fordert konkrete Schritte gegen den Hunger, zum Schutz der Zivilbevölkerung und für eine gestärkte Friedensdiplomatie

**(Berlin, 13. April 2026) Am 15. April jährt sich der Ausbruch des bewaffneten Konflikts im Sudan zum dritten Mal. An diesem Tag findet in Berlin die dritte internationale Sudan-Konferenz statt, die die Bundesregierung gemeinsam mit Großbritannien, Frankreich, den USA sowie der Europäischen und Afrikanischen Union ausrichtet. Sie vereint drei Elemente: ein Außenministertreffen, eine humanitäre Konferenz mit Finanzierungszusagen und eine Zusammenkunft ziviler Akteure, um einen Friedensfahrplan auszuhandeln. Als Netzwerk, von dem viele Mitglieder seit Jahren im Land Hilfsprogramme umsetzen, fordern wir konkrete Schritte, um die Menschen im Sudan besser zu schützen und einem Ende des Krieges, der vor allem die Zivilbevölkerung trifft, näherzukommen.**

Wir begrüßen die Initiative der Bundesregierung, zivilgesellschaftliche Organisationen zentral in die Sudan-Konferenz einzubinden und konkrete Ergebnisse auf der Konferenz erzielen zu wollen. Zugleich ist klar: Auf Absichtserklärungen müssen konkrete Maßnahmen folgen. Das verlangt die katastrophale humanitäre Lage im Sudan: Bis zu **13,5 Millionen Menschen sind vertrieben** worden, davon suchen rund 4,5 Millionen Menschen insbesondere in den Nachbarländern Schutz. Zwölf Millionen Menschen, vor allem Frauen und Mädchen, sind von geschlechtsspezifischer Gewalt bedroht. Rund **die Hälfte aller Menschen im Sudan sind von akuter Mangel- und Unterernährung** betroffen. Weitere Regionen stehen vor einer Hungersnot.

**Als Netzwerk fordern wir:**

- **Der Schutz der Zivilbevölkerung muss oberste Priorität haben. Menschen in Not brauchen ungehinderten und sicheren Zugang zu humanitärer Hilfe – unabhängig von einem Waffenstillstand.** Angriffe der Konfliktparteien auf Schulen, Krankenhäuser und humanitäre Helfende richten sich gegen die Zivilbevölkerung. Sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Mädchen sowie Hunger werden als Mittel der Kriegsführung eingesetzt. Sie stellen schwere Verletzungen des humanitären Völkerrechts dar. Es braucht mehr Druck auf die Konfliktparteien, um die Zivilbevölkerung und zivile Einrichtungen zu schützen, und damit Hilfsprogramme nicht länger eingeschränkt werden und humanitärer Zugang gewährleistet wird. Die von Deutschland mitgegründete *Atrocity Prevention Coalition* für den Sudan

Prokop Bowtromiuk  
Pressesprecher, Brot für  
die Welt

Tel+49 30 65211 1599  
[prokop.bowtromiuk@  
brot-fuer-die-welt.de](mailto:prokop.bowtromiuk@brot-fuer-die-welt.de)  
[www.brot-fuer-die-  
welt.de](http://www.brot-fuer-die-welt.de)

Tommy Ramm  
Pressesprecher, Diakonie  
Katastrophenhilfe

Tel+49 30 65211 1225  
[tommy.ramm@diakonie-  
katastrophenhilfe.de](mailto:tommy.ramm@diakonie-katastrophenhilfe.de)  
[www.diakonie-  
katastrophenhilfe.de](http://www.diakonie-katastrophenhilfe.de)

Evangelisches Werk  
für Diakonie  
und Entwicklung e. V.  
Caroline-Michaelis-  
Straße 1  
10115 Berlin

Mitglied der  
**actalliance**

sollte Völkerrechtsverstöße klar benennen und Verantwortung einfordern.

- **Direkte und starke Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure an politischen Prozessen unterstützen:** Die sudanesische Zivilgesellschaft hat im Sudan und in der Diaspora wirksame Strukturen für humanitäre Hilfe und politischen Dialog geschaffen. Nur durch die maßgebliche Einbindung ziviler Akteure - insbesondere von Frauen- und Jugendgruppen - kann sichergestellt werden, dass eine politische Lösung des Krieges gerecht, inklusiv und nachhaltig ist. Dafür braucht es stärkere politische und finanzielle Unterstützung.

- **Gelder für humanitäre Hilfe müssen aufgestockt werden:** Im vergangenen Jahr war der humanitäre Hilfsplan in Höhe von 4,2 Milliarden US-Dollar nur zu 39,5 Prozent gedeckt; der Hilfsplan für 2026 ist bislang nur zu 16 Prozent finanziert. Wir begrüßen das bisherige finanzielle Engagement der Bundesregierung. Doch angesichts von fast 34 Millionen Menschen, die humanitäre Hilfe benötigen, sind weitere substanzielle Zusagen für humanitäre Gelder dringend notwendig. Sudanesischen Hilfsgruppen wie die *Emergency Response Rooms* sowie von Frauen geführte Organisationen sollten Hauptempfänger der neuen Gelder sein. Sie helfen landesweit unter enormen Risiken auch dort, wo internationale Organisationen schwer oder nicht präsent sein können.

- **Externe wirtschaftliche und politische Interessen schüren den Krieg:** Wir fordern die Konferenzteilnehmenden auf, in einen stärkeren Dialog mit den Konfliktparteien und Unterstützerstaaten zu treten, um wirtschaftliche Aktivitäten zu unterbinden, die den Krieg finanzieren und somit verlängern. Die geltenden Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates müssen von allen UN-Mitgliedstaaten umgesetzt werden.

Das **Deutsche Sudan-Netzwerk** setzt sich aus über 30 humanitären, friedens- und entwicklungspolitischen Organisationen, menschenrechtlichen Akteuren sowie politischen Stiftungen innerhalb Deutschlands zusammen. Gemeinsames Ziel ist, auf die Lage und das Leid der Menschen im Sudan politisch und medial aufmerksam zu machen, sowie sudanesischen Stimmen zu verstärken.

**Die folgenden Netzwerkmitglieder tragen diese Pressemitteilung mit:**

Aktion gegen den Hunger  
Amnesty International Deutschland e.V.  
Ärzte ohne Grenzen Deutschland e.V.  
Brot für die Welt  
CARE Deutschland e.V.  
Deutsche Welthungerhilfe  
Diakonie Katastrophenhilfe  
Gesellschaft für bedrohte Völker e.V.  
International Rescue Committee (IRC) Deutschland  
Norwegian Refugee Council  
ONE  
Plan International Deutschland  
Save the Children Deutschland e.V.  
Tierärzte ohne Grenzen e. V.  
World Vision Deutschland e.V.

*Mehrere Netzwerkmitglieder senden diese Pressemitteilung aus.  
Doppelsendungen bitten wir daher zu entschuldigen.*